

Report

Ein Mitglied der  UniCredit Group

Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.

Österreichkonjunktur: Wirtschaftsschwäche der Handelspartner trifft auch Österreich

Maschinenbau in Österreich: Wettbewerbsfähig und wachstumsstark

Inhalt

Editorial	3
Österreich	
Konjunktur Österreich	4
BA-CA Konjunkturindikator	6
Österreichs Maschinenbau	7
International	
Internationale Konjunktur und Finanzmärkte	9
Regionaler Überblick CEE	10
Fokus	
Klein und fein – Österreich zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten Europas.....	12
Öl- und Gasabhängigkeit der EU-15-Länder	14
Daten und Fakten	
Österreich/International	16
Osteuropa.....	18

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan BruckbauerLeiter-Stv. der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Edward Christie, MSc (LSE)Ökonom, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW)
Mag. Kurt FesselhoferMitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Marianne KagerLeiterin der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Walter PudschedlMitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt
Debora Revoltella.....Leiterin der Abteilung Research CEE der Bank Austria Creditanstalt
Mag. Günter Wolf.....Mitarbeiter der Abteilung Economics and Market Analysis der Bank Austria Creditanstalt

Impressum:

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber: Bank Austria Creditanstalt AG
<http://www.ba-ca.com>
E-Mail: economic.research@ba-ca.com
Redaktion: Abteilung Economics and Market Analysis, Mag. Kurt Fesselhofer +43 (0) 50505 DW 41953;
Produktion: BA-CA Identity & Communications Department, Editorial Desk +43 (0) 50505/DW 56141 (Bestellung)
Redaktionsschluss: 12. Dezember 2007
Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
Druck: AV+Astoria Druckzentrum GmbH, Faradaygasse 6, 1030 Wien
Produktion: Horvath, Leobendorf
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Publikationen-Service:

Telefon: +43 (0) 50505/DW 56148
Fax: +43 (0) 50505/DW 56945
E-Mail: pub@ba-ca.com

Über die neuesten volkswirtschaftlichen Publikationen informieren Sie die BA-CA EconomicNews.
Die Anmeldung für den Gratisbezug des elektronischen Newsletters kann direkt unter
<http://economicresearch.ba-ca.com> vorgenommen werden.



Die BA-CA, ein Mitglied der UniCredit Group, ist die klare Nummer 1 in Österreich. Zusammen mit der UniCredit Group betreibt sie das größte Bankennetzwerk in Zentral- und Osteuropa (CEE), einem der weltweit stärksten Wachstumsmärkte. In dieser Region betreut die Gruppe mit 62.500 Mitarbeitern in 3.100 Geschäftsstellen rund 25 Millionen Kunden.



Nach Konjunkturhoch folgt merkliche Abschwächung

Das Jahr 2007 war von einer erfreulich robusten Konjunktur geprägt. Das zweite Jahr in Folge ist die österreichische Wirtschaft um 3,3 % gewachsen, die Arbeitslosigkeit um 0,6 Prozentpunkte zurückgegangen.

Man konnte und kann nicht annehmen, dass 2008 dieses Konjunkturhoch anhalten wird. Nicht nur in Österreich wird sich die Konjunktur merklich abschwächen, auch in der EU und in den USA, nachdem die USA schon 2007 ein merklich niedrigeres Wachstum vorzuweisen hatten. Gleichzeitig werden die Inflationsgefahren steigen. Getrieben wird die Inflation vor allem von den Rohstoffpreisen – und nicht nur der Ölpreis steigt in schwindelnde Höhen, sondern wir haben es vielmehr generell mit einer Rohstoffhausse zu tun. Was den Ölpreis betrifft, so ist mit keiner fundamentalen Trendumkehr zu rechnen und wir werden auch 2008 mit Preisen von 80 bis 90 US-Dollar rechnen müssen.

2007 war aber nicht nur ein erfolgreiches Jahr. Der gesamte Finanzsektor, inklusive den Notenbanken, war gefordert, die Auswirkungen der „Subprime-Krise“ zu bewältigen. Ausgehend von der Immobilienkrise in den USA haben die mit Hypotheken hinterlegten Wertpapiere schwere Kursverluste erlitten. Die Folge war eine Liquiditätsverknappung im Bankensektor, die kurzfristigen Zinsen stark angestiegen und Unsicherheit – der ärgste Feind von Banken – hat sich breit gemacht.

Sicher, dies ist nicht die erste internationale Finanzkrise. Man erinnert sich nur an den long-term capital management Fund, ein Hedge Fund, der 1997/98 eine veritable Finanzkrise auslöste, die Südostasien-, Russland- und Lateinamerika-Krisen. Die Notenbanken und Aufsichtsbehörden haben aus diesen Vorfällen gelernt und die Zusammenarbeit bei internationalen Krisen funktioniert heute besser als vor zehn Jahren.

Dennoch zeigt die derzeitige Situation deutlich, dass globale Finanzmärkte auch globale Ansteckungsgefahren beinhalten, die Aufsichtsbehörden sind daher umso mehr gefordert, Lücken im System zu schließen und ihre Zusammenarbeit zu verstärken.

Die Globalisierung der Welt bedingt aber nicht nur im Finanzsektor geänderte Verhaltensweisen. Generell ist die Politik hier gefordert, nämlich nicht nur vernetzter zu denken und dementsprechend zu handeln, sondern auch langfristiger. Denken und Handeln nach dem Rhythmus von Legislaturperioden ist gefährlich und kann zum Verhängnis werden.

Zum Schluss noch ein persönliches Wort: Dieses Editorial ist mein letztes Editorial für den Report. Ich war für diese Publikation mehr als 15 Jahre verantwortlich und es waren viele spannende Zeiten darunter. Ich konnte große Ereignisse, wie den EU-Beitritt Österreichs und die Euro-Einführung, publizistisch begleiten. Wir waren von

Anfang an dabei wie in Osteuropa nicht nur die Grenzen aufgingen, sondern die Wirtschaften umgestaltet wurden. Wir hatten Finanzkrisen, Ölkrisen und Kriege zu kommentieren. Das Verdienst der EU war es in diesen Jahren nicht nur, den Binnenmarkt einzuführen, sondern auch die Osterweiterung abzuschließen. Der Transformationsprozess der osteuropäischen Länder wäre nicht geglückt, hätte es nicht diese fixe EU-Option gegeben.

Ich möchte Ihnen aber auch danken, für die vielen Jahre, in denen Sie „meine“ Leser waren und kann nur hoffen, dass dieses Produkt, eine Mischung aus Wirtschafts- und Finanzinformation einerseits und weiterführenden Analysen andererseits, Ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprochen hat.

Das Report-Team wird auch in Zukunft sein Bestes tun, um Ihnen die gewünschte Information bereitzustellen.

Ihre



marianne.kager@ba-ca.com

Marianne Kager

Der Schwung lässt nach

Nach dem kräftigen Wachstum im ersten Halbjahr und der noch immer sehr robusten Zunahme im dritten Quartal schwächte sich die österreichische Wirtschaft zum Jahresende hin ab. Ein Trend, der sich auch 2008 fortsetzen wird. Vor allem die nachlassende Dynamik der Exporte trägt zu dieser Entwicklung bei. Nach einem BIP-Zuwachs von voraussichtlich noch 3,3 % (Jahresdurchschnitt 2007, real) wird die österreichische Wirtschaft 2008 mit einem Plus von 2,3 % deutlich an Elan verlieren.

Trotz der über eine lange Zeit immer wieder feststellbaren durchaus positiven Konsumentenstimmung hat das Wachstum des privaten Konsums im laufenden Jahr nur ein bescheidenes Ausmaß erreicht. Tragende Säulen waren vielmehr der Export sowie in Teilbereichen, wie zum Beispiel Maschinen und Elektrogeräte, die Investitionen. Das bisher vorliegende Datenmaterial sowie die Einschätzungen aufgrund von Stimmungsindikatoren lassen darauf schließen, dass sich im vierten Quartal 2007 das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Im Jahresdurchschnitt wird die österreichische Wirtschaft 2007 aber dennoch ein ähnlich hohes Konjunkturwachstum wie im Vorjahr (beide Male + 3,3 %, real) erreichen können.

Die gute Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie relativ hohe Lohnabschlüsse lassen hoffen, dass der private Konsum 2008 eine kräftigere Entwicklung aufweisen wird. Deutlich schwächer werden allerdings die Exporttätigkeit sowie die Investitionen ausfallen, sodass per saldo das BIP-Wachstum auf 2,3 % zurückgehen wird.

Weltweit weniger Wachstum

Das außerordentlich hohe Wachstum der Weltwirtschaft des Jahres 2006 (+ 5,4 %, real) wird weder 2007 (mit + 4,9 %) noch 2008 (+ 4,5 %) erreicht

werden. Die in den letzten Jahren zu beobachtenden regionalen Wachstumsunterschiede werden auch in den nächsten Jahren fortbestehen.

Die US-Wirtschaft wird im Jahresdurchschnitt 2007 noch einen Zuwachs von 2,2 % (real; 2006: + 2,9 %) erzielen können, für 2008 muss man mit einer Wachstumsabschwächung auf + 1,7 % rechnen. Ähnlich wird die Entwicklung im Euroraum sein. Nach dem BIP-Wachstum von 2,9 % im Jahr 2006 wird für 2007 ein etwas geringeres Wirtschaftswachstum von 2,7 % erwartet. Der Höhenflug des Euro wird sich immer stärker auf die Exporte auswirken, was in der Folge auch die Investitionen negativ beeinflussen wird. 2008 wird für den Euroraum nur ein BIP-Zuwachs von 1,9 % prognostiziert.

Deutschland, Frankreich, Italien – Länder, die für die österreichischen Warenexporte von besonderer Wichtigkeit sind – werden sowohl 2007 als auch 2008 ein zum Teil deutlich schwächeres Wirtschaftswachstum aufweisen als Österreich.

China und Indien werden hingegen, wie in den letzten Jahren, weiterhin einen imposanten Konjunkturverlauf vorweisen. China wird 2007 mit + 11,5 % die Vorjahresergebnisse deutlich übertreffen und auch die „Abschwächung“ auf 9,8 % im Jahr 2008 wird ein BIP-Zuwachs sein, von dem Europa nur träumen kann. Gleiches gilt für Indien, wo Wachstumsraten von 9 % (2007) und 8,5 % (2008) vorhergesagt werden.

Schwächere Konjunktur dämpft Exporte

Etwa 53 % der österreichischen Warenexporte gehen in den Euroraum, weitere 5 % in die USA und etwa 1 % nach Japan, also in jene Länder, die

ein geringeres Wirtschaftswachstum als Österreich aufweisen (werden). Dementsprechend gedämpft sind auch die Erwartungen bezüglich des Exportwachstums. Zwar haben die neuen EU-Länder sowie die übrigen Länder in Osteuropa eine starke Nachfrage nach österreichischen Exportgütern (insgesamt rund 21 % Anteil an den Gesamtexporten), die schwächere Nachfrage der vorgenannten Länder kann aber dadurch nicht kompensiert werden.

Nach der Steigerung der Warenexporte um 7,9 % (real) im Jahr 2006 wird für 2007 ein Rückgang der Wachstumsrate auf 5,6 % erwartet. 2008 wird der Zuwachs voraussichtlich auf 3 % zurückgehen.

Bei den Warenimporten ist ebenfalls mit einer Abnahme der Steigerungsraten zu rechnen, allerdings wird aufgrund des voraussichtlich dynamischeren Verlaufs des privaten Konsums der Rückgang geringer ausfallen. Nach + 5,5 % (real, 2006) wird für 2007 eine Importzunahme von 4,7 % und für 2008 von 4,3 % prognostiziert.

2007 stark, 2008 eher schwach

Erweiterungsinvestitionen dank der guten Konjunkturlage und in den letzten Jahren hinausgeschobene Ersatzbeschaffungen ließen 2007 die Investitionen in Ausrüstungsgüter deutlich ansteigen (Zuwachs um 5,6 %, real; 2006: + 2,9 %). Vor allem die Investitionen in Maschinen und Elektrogeräte wurden kräftig ausgeweitet, während sich die Fahrzeuginvestitionen nicht sehr dynamisch entwickelten.

Zwar sollte 2008 das Wirtschaftswachstum zumindest in Höhe des langjährigen Durchschnitts liegen, dennoch erwarten wir aufgrund des im Vergleich zu 2007 doch deutlich ge-

Keine
Abkopplung
vom
internationalen
Trend

ringeren Konjunkturwachstums auch ein Nachlassen der Investitionsbereitschaft. Wir gehen daher für 2008 bei den Ausrüstungsinvestitionen von einer Steigerung um 3,3 % (real) aus.

Bauboom lässt nach

Die Bauwirtschaft befand sich auch 2007 in einer überdurchschnittlich positiven Phase. Gemäß den bisher vorliegenden Daten kann bei den Bauinvestitionen mit einem Zuwachs von 4,5 % (real; 2006: +5,1 %) gerechnet werden. Vor allem der Industriebau profitierte vom Investitionsboom im Unternehmenssektor, aber auch die meisten übrigen Baubranchen wiesen gute Ergebnisse aus.

Im Gefolge der allgemeinen Konjunkturabkühlung wird auch die Bauwirtschaft 2008 an Dynamik verlieren. Der weiterhin gegebene Bedarf an Infrastrukturinvestitionen sowie im Wohnbau sollte aber dazu beitragen, dass im Jahresdurchschnitt dennoch ein Wachstum von 2,4 % (real) erzielt werden kann.

Konsumlaune könnte sich bessern

Die Verbraucherstimmung war zwar in der ersten Jahreshälfte 2007 auf einem sehr hohen Niveau, jedoch ließ deren Umsetzung in Form einer steigenden Konsumtätigkeit sehr zu wünschen übrig. Besonders deutlich erkennbar

zeigte sich dies zum Beispiel bei den PKW-Neuzulassungen, die in den ersten drei Quartalen um 4,3 % zurückgingen. Im Jahresdurchschnitt 2007 wird der private Konsum voraussichtlich nur um 1,8 % (real; 2006: +2,1 %) steigen.

Die höheren Lohnabschlüsse der jüngsten Gehaltsrunden sowie die relativ kräftigen Pensionsanhebungen geben daher Grund zu der Annahme, dass 2008 der Konsum doch kräftiger wachsen wird: Wir rechnen mit +2,5 % (real).

Optimismus ist angesagt

Mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit – ein Trend, der 2006 begann und auch die nächste Zeit anhalten sollte. Im Jahresdurchschnitt 2007 stieg die Beschäftigung in Österreich gegenüber 2005 um etwa 3,5 % und damit um mehr als im Zeitraum 1999 bis 2005. Gleichzeitig sank die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen um mehr als 12 %. Allein 2007 stieg die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 1,8 %, für 2008 rechnen wir mit einem weiteren Anstieg um 1 %.

Nach dem Spitzenwert von 7,3 % Arbeitslosenquote (AMS; 5,2 nach Eurostat) im Jahr 2005 wird im Jahresdurchschnitt 2007 ein Rückgang auf 6,2 % (4,3 % Eurostat) erwartet. Auch

für 2008 wird eine weitere Abnahme der Quoten auf 5,9 % (AMS) bzw. 4,1 % (Eurostat) erwartet.

Gas und Strom – die Haupt-Preistreiber

Den Preisen für Gas und Strom kommt die zweifelhafte, weil teure Ehre zuteil, als Haupt-Preistreiber des Jahres 2007 bezeichnet zu werden. Auch die Lebensmittelpreise weisen 2007 einen doppelt so hohen Anstieg aus wie die Inflationsrate des Gesamtindex. Milchprodukte, Eier sowie Brot- und Getreideerzeugnisse zählen zu den Hauptverursachern im Lebensmittelbereich.

Die Entwicklung der monatlichen Inflationsraten zeigte in den ersten 11 Monaten 2007, mit Ausnahme des August, eine stetige Zunahme. Während zu Jahresbeginn die Verbraucherpreise noch um 1,6 % stiegen, musste im November bereits ein Wert von 3,1 beobachtet werden. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Inflation von 2,1 %. Wir gehen davon aus, dass auch zu Beginn 2008 die Verbraucherpreise deutlich ansteigen werden und erst im weiteren Jahresverlauf eine Abschwächung eintritt. Im Jahresdurchschnitt sollte die Inflation aber ebenfalls bei 2 % liegen.

kurt.fesselhofer@ba-ca.com

Kurt Fesselhofer

Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	2003	2004	2005	2006	BA-CA Prognose Dezember 2007	
					2007	2008
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3 =	2,3 =
Privater Konsum	1,3	1,8	2,0	2,1	1,8 =	2,5 =
Bruttoanlageinvestitionen	6,6	1,2	-1,3	3,7	5,8 =	2,7 =
Ausrüstungsinvestitionen	7,2	-1,3	0,7	2,9	5,6 =	3,3 =
Bauinvestitionen	5,4	1,3	0,1	5,1	4,5 =	2,4 =
Exporte im weiteren Sinn	2,3	8,2	6,2	7,5	5,4 =	3,5 =
Importe im weiteren Sinn	5,3	6,8	5,0	5,6	4,1 =	3,8 =
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-0,2	1,7	2,1	3,2	3,1 =	2,9 =
Verbraucherpreisanstieg	1,3	2,1	2,3	1,5	2,1 +	2,0 +
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3 =	4,1 =
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	7,0	7,1	7,3	6,8	6,2 =	5,9 =

Quelle: Bank Austria Creditanstalt Economics and Market Research / + der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht / - der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt / = gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung / x in der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert

BA-CA Konjunkturindikator

Konjunkturstimmung fällt weiter

- Stimmung im Inland und im Ausland fällt
- Wachstum wird sich im vierten Quartal abschwächen
- Aussichten für 2008: Exporte schwächer, Konsum stärker
- Tiefster Wert des US-Dollar seit 1945 für Österreichs Außenwirtschaft
- Inflation bleibt bis April 2008 hoch, ab Sommer 2008 wieder unter 2%

Der Konjunkturindikator der Bank Austria Creditanstalt fiel im Oktober erneut – von 4,4 auf 4,0. Der Rückgang fiel damit genauso stark wie im September aus. Die Stimmung von Industrie und Konsumenten war im Oktober abermals weniger optimistisch als im September. Trotz des erneuten starken Rückgangs der Konsumentenstimmung liegt der Index aber immer noch deutlich über dem Wert des Vorjahres, während die Industriestimmung bereits im Oktober deutlich unter das Vorjahresniveau fiel.

Negativ beeinflusste vor allem die gestiegene Inflationserwartung die Konjunkturstimmung der Konsumenten,

während die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt positiv wirkte und damit den Index stabilisierte. Die Konjunktüreinschätzung der Industrie haben insbesondere der schwache US-Dollar und die sinkende Auslandsnachfrage gedämpft.

Abschwächung im letzten Quartal 2007 und 2008 zu erwarten

Gegenüber dem noch immer sehr robusten Wachstum im dritten Quartal, wird sich nach unserer Meinung die Konjunktur im vierten Quartal erkennbar abschwächen. Die Wachstumsrate dürfte von 0,8% (zum Vorquartal) auf 0,5% zurückgehen und damit erstmals unter jener des vergangenen Jahres liegen. Vor allem die Exporte werden nachlassen. Nächstes Jahr wird das Wachstum auf diesem schwächeren Niveau verbleiben. Allerdings wird vom Konsum eine Verbesserung erwartet. Trotz Stimmungsrückgangs bei den Konsumenten sehen diese den Arbeitsmarkt weiter positiv. Und angesichts der Lohnabschlüsse sollte dies die Basis für einen stärkeren Konsum 2008 legen.

Die Inflation wird zwar noch zu Jahresbeginn deutlich über 2% liegen, sich aber dann wieder erkennbar zurückbilden. Wir gehen davon aus, dass die Inflationsrate nach den 3,1% im November auch im Dezember ähnlich hoch liegen wird. Dies ergibt für den Jahresdurchschnitt 2,1%. 2008 erwarten wir 2%, da die Inflation ab Mai wieder deutlich zurückgehen sollte. Im ersten Quartal werden wir noch fast 3% Inflation haben, ab Juli könnten die Inflationsrate wieder eine 1 vor dem Komma haben. Für das Wirtschaftswachstum gehen wir nach 3,3% für heuer von 2,3% 2008 aus. Dabei werden sich Export und Investitionen weniger dynamisch, der Konsum jedoch dynamischer zeigen. Trotz Belastungen durch Ölpreis und starken Euro, der derzeit das höchste Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg hat, nimmt man den Schilling als Vorgängervährung, sollte Österreich damit nächstes Jahr zum fünften Mal in Folge mit mehr als 2% wachsen können. Die Gefahr einer Rezession schätzen wir derzeit gering ein, wenn auch die Risiken erneut gestiegen sind.

stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

Bank Austria Creditanstalt Konjunkturindikator Österreich

Der BA-CA Konjunkturindikator versucht, eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben. Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation, der über die Befragung der Industrie hinausgeht, zu erhalten.

Die Komponenten des BA-CA Konjunkturindikators sind:

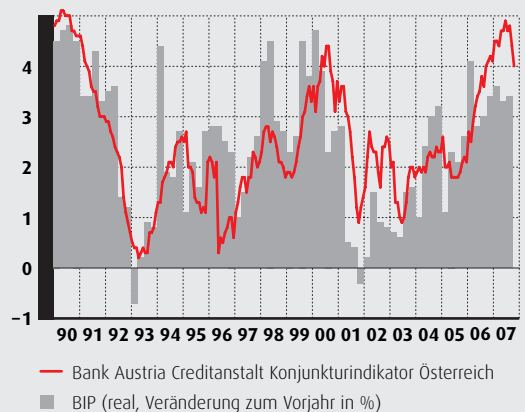
- das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10%),
- das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem

österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30%),

- das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50%),
- das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10%).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem „EU Business and Consumer Survey“.

Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums.



Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis

Der Maschinenbau

... zählt zum Besten der heimischen Industrie

Österreichs Maschinenbau ist eine forschungsfreudige, innovationsaktive Branche mit hohem Zukunftspotenzial. Gleichzeitig ist der Maschinenbau eine der wachstumsstärksten Branchen im Land und eine von wenigen Industriebranchen, in der neue Arbeitsplätze entstehen.

Mit 68.000 Beschäftigten, das sind 12 % aller Industriebeschäftigten, zählt Österreich neben Deutschland und Italien zu den am stärksten auf den Maschinenbau spezialisierten europäischen Ländern. Die Branche sicherte sich mit der laufenden Verbesserung ihrer Produktivität ihre Wettbewerbsfähigkeit als wichtigste Grundlage für ein stabiles, überdurchschnittlich hohes Produktionswachstum. Österreichs Maschinenbau kann seinen Wachstumsvorsprung zu den meisten europäischen Konkurrenten praktisch ohne Unterbrechung seit Mitte der 1990er-Jahre verteidigen (vgl. Grafik). Die Erfolge des Maschinenbaus beweisen, dass eine überwiegend klein- bis mittelbetriebliche Struktur trotz einer hohen Exportabhängigkeit nicht unbedingt

ein Wettbewerbsnachteil sein muss. Eine Voraussetzung ist aber, dass die Branchenproduktion in Nischenbereichen konzentriert ist, auf Kleinstserien und auf die Erzeugung von Einzelstücken. Ein Grund, weshalb der Maschinenbau in Österreich keine ausgeprägten Produktionsschwerpunkte hat, allerdings einige Maschinenbauer in ihrem Segment eine führende Weltmarktposition einnehmen.

Investitionsboom 2007

Der Maschinenbau verbuchte 2006 einmal mehr eines der besten Ergebnisse sowohl im Industrievergleich in Österreich als auch im europäischen Branchenvergleich: Die Produktion ist um 8,9 %, der Umsatz um 15,2 % gestiegen, auf rund 18 Mrd. Euro. Treibende Kraft war das Exportwachstum, das durch die Inlandsnachfrage zumindest unterstützt wurde, die nach Jahren schwachen Wachstums an Schwung gewonnen hat.

Im ersten Halbjahr 2007 hat sich das Wachstum der Branche weiter beschleunigt. Auch wenn sich die Kon-

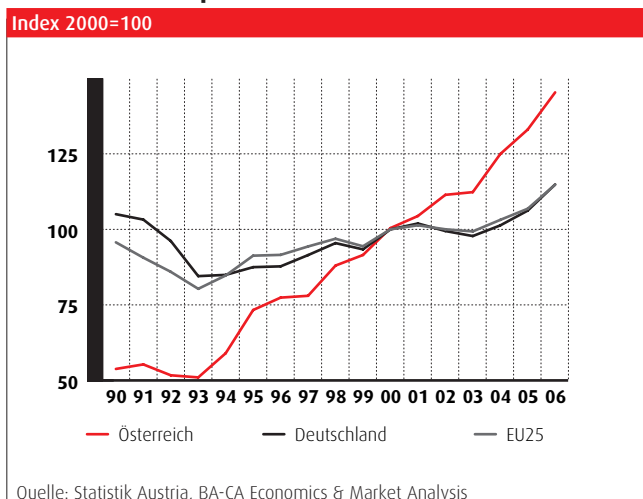
junktur bis zum Jahresende vermutlich noch abkühlt, sollte der Maschinenbau 2007 wieder das kräftige Wachstum vom Vorjahr verbuchen können. Die Exportdynamik wurde bisher nicht schwächer, obwohl der Konjunkturrückgang in wichtigen Märkten schon überschritten worden ist. Dazu profitiert der Maschinenbau von den Plänen der Industrie, in Österreich ihre Investitionen gegenüber 2006 um ein Viertel aufzustocken.

Die Maschinenbauer sind entsprechend optimistisch geblieben, wie das hohe Beschäftigungswachstum zeigt. In den ersten zehn Monaten 2007 stieg die Zahl neuer Arbeitsplätze in der Branche um über 9 % und damit deutlich stärker als in anderen Industriebranchen (+ 3 %) und auch deutlich rascher als in der Gesamtwirtschaft. Auch wenn das Wachstum aus statistischen Gründen deutlich überzeichnet ist, werden im Maschinenbau mehr Arbeitsplätze als im Großteil der gewerblichen Wirtschaft, vor allem in den Produktionsbranchen, geschaffen.

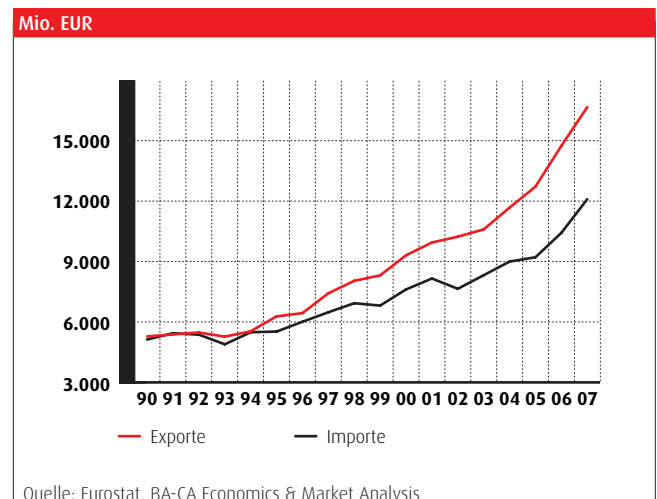
Exportperformance

Die Investitionsfreudigkeit der österreichischen Industrie bringt dem Maschinenbau 2007 zwar wesentliche Wachstumsimpulse. Für das Jahresergebnis ist die Konjunktorentwicklung in den Auslandsmärkten dennoch ent-

Maschinenbauproduktion



Maschinenaußenhandel



scheidender, da mehr als drei Viertel vom Branchenumsatz aus Exporterlösen stammen.

Die langfristig sehr gute Exportentwicklung, seit 1995 steigen die Maschinenexporte um durchschnittlich 8 % im Jahr, bestätigt die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Den Unternehmen gelingt es, sich mit qualitativ hochwertigen (Spezial-)Maschinen von den Wettbewerbern mit reinen Kosten- bzw. Preisvorteilen abzusetzen. Auch wenn bei Standardprodukten Marktanteile an osteuropäische und südasiatische Konkurrenten verloren gehen, wächst der Handelsbilanzüberschuss mit Maschinen und Ausrüstungen kontinuierlich (2006 4,3 Mrd. Euro). Insgesamt wurden 2006 Maschinen im Wert von 14,7 Mrd. Euro exportiert und um 10,4 Mrd. Euro importiert. Obwohl außereuropäische Märkte überdurchschnittlich kräftig wachsen, werden weiterhin 80 % der Ausfuhren ins europäische Ausland geliefert beziehungsweise haben 90 % der Einfuhren europäischen Ursprung.

Insofern ist auch die direkte Abhängigkeit vom Euro-Dollar-Wechselkurs relativ gering. Nur etwa 15 % der österreichischen Maschinen- und Anlagenexporte werden in US-Dollar fakturiert, wovon jeweils rund die Hälfte im Dollarraum beziehungsweise in Asien und Fernost abgewickelt werden. Trotz des hohen, ungünstigen Euro-Dollar-Wechselkurs steigen die Maschinenexporte außerhalb Europas seit 2004 im zweistelligen Bereich, in den ersten acht Monaten 2007 um mehr als 13 %. Die teilweise massiven Wettbewerbsverluste aufgrund der Änderungen des Euro-Dollar-Kurses können also mit der Verbesserung der Produktivität mehr als kompensiert werden.

Dass das Exportwachstum in die USA bis August 2007 unter 10 % gefallen ist (über 11 % 2006), dürfte wesentlich mit der Konjunkturverlangsamung im Land zu tun haben. Falls aber der Euro-Dollar-

Wechselkurs zulasten der Euro-Exporte hoch bleibt und vielleicht noch zulegt, und unter der Annahme, dass die US-Konjunktur weiter an Schwung verliert, wird die Exportnachfrage aus den USA doch noch erheblich schwächer. Letztendlich dürften die Erträge der Maschinenbauunternehmen unter den Rahmenbedingungen bereits deutlich unter Druck geraten sein.

Erträge

Schon in den letzten Jahren fand die hervorragende Maschinenbaukonjunktur keine Entsprechung in der Ertragsentwicklung, weniger aufgrund des ungünstigen Euro-Dollar-Kurses, sondern viel mehr aufgrund der massiv gestiegenen Rohstoffpreise. Die Entwicklung der Großhandelspreise zeigt, dass die überwiegend mittelständischen Maschinenbauunternehmen, die im Durchschnitt eine Materialkostenbelastung von 40 % vom Umsatz tragen müssen, ihre gestiegenen Kosten nur teilweise in den Preisen weitergeben konnten: Während sich der Stahlpreis seit Anfang 2003 verdoppelte, sind Maschinenbauprodukte bestenfalls um 20 % teurer geworden.

Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass im Branchendurchschnitt überhaupt Ertragszuwächse möglich waren. Der Maschinenbau dürfte die den Ertrag dämpfenden Effekte der Rohstoffpreisteigerungen über Produktivitätsgewinne kompensiert haben. Ein Indikator ist die Cashflow-Quote der Branche, die von 7,7 % 2003 bis auf 11,3 % 2006 gestiegen ist.

Perspektiven

Der Umsatz und die Ertragsentwicklung der Unternehmen bleiben im hohen Maß vom Konjunkturverlauf ab-

hängig. Voraussichtlich 2008, spätestens 2009, wird das schwächere Wachstum der Investitionsnachfrage in den traditionellen Märkten Westeuropas und den USA das Branchenwachstum wieder deutlich einbremsen. Allerdings können sich Österreichs Maschinenbauer zunehmend vom globalen Zyklus abkoppeln. Einerseits hilft den Unternehmen ihre Ausrichtung auf neue, wachstumsstarke Märkte, vor allem in Osteuropa, andererseits, dass sie sich auf die Erzeugung konjunkturunabhängiger, dienstleistungsintensiver Spezialmaschinen konzentrieren. Beispielsweise sind die Hersteller von Kunststoffmaschinen, von Papiermaschinen oder Werkzeugmaschinen überwiegend hoch spezialisierte Unternehmen in Nischenbereichen, die überdurchschnittlich hochwertige Produkte erzeugen. Insofern wird ein Konjunkturabschwung im Maschinenbau begleitet von Produktionseinbußen und rückläufigen Umsätzen zunehmend unwahrscheinlicher.

Österreichs Maschinenbauer haben in den letzten zwei Jahrzehnten bewiesen, dass sie strukturelle Nachteile sehr gut bewältigen und sich ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern können. Der Maschinenbau ist nicht nur überdurchschnittlich forschungsfreudig, mit F&E-Ausgaben von 7,7 % der Wertschöpfung im Vergleich zu 6,2 % im Industriedurchschnitt. Die Branche ist zudem eine der innovativsten Maschinenbaubranchen Europas. Das hohe F&E-Engagement ist die Grundlage innovativer Produktionsprozesse und Produkte, die in einem globalen Markt, unter Konkurrenzdruck, unabdingbare Voraussetzung für das Wachstum der Unternehmen, oft auch nur für ihr wirtschaftliches Überleben sind. Auf jeden Fall hat der Maschinenbau noch ausreichend Innovationspotenzial, um seine Position in Hochlohnländern wie Österreich auch in Zukunft zu halten.

gunter.wolf@ba-ca.com

Günter Wolf

Maschinenbaukennzahlen

	Maschinenbau		zum Vergleich
	2006	1996-2006	Industrie 1996-2006
Unternehmen*	2.300	-4 %	-16 %
Beschäftigte	68.000	8 %	-8 %
Umsatz*, Mrd. €	18,0	104 %	71 %

*) Unternehmen und Umsatzerlöse laut Strukturhebung 2005 hochgerechnet
Quelle: Statistik Austria, HV, BA-CA Economics & Market Analysis

Internationale Konjunktur und Finanzmärkte

Trotz relativ gutem Wachstum im dritten Quartal deuten die Stimmungsindikatoren auf eine Abschwächung zu Jahresende und für 2008 hin. Der Finanzmarkt steht weiterhin im Zeichen der US-Subprime-Kreditkrise und ihrer Folgen.

Sowohl in den USA als auch im Euroraum konnte das Wachstum im dritten Quartal nochmals zulegen. In den USA auf beachtliche 4,9 % (zum Vorquartal auf Jahresbasis) und im Euroraum immerhin auf 2,9 %. In den USA war das Wachstum jedoch vor allem durch Exporte und durch eine starke Zunahme des Lageraufbaus gekennzeichnet. Im Euroraum konnte der Außenhandel keine Impulse setzen, das Wachstum war durch Konsum und Investitionen getragen.

Die Stimmungsindikatoren im vierten Quartal deuten jedoch sowohl für die USA als auch für den Euroraum auf eine Abschwächung. Seit dem Sommer hat sich die Stimmung der Industrie in den USA und im Euroraum

wieder erkennbar reduziert, auch wenn der November eine Stabilisierung und keine weitere Verschlechterung brachte. Allerdings sinkt die Stimmung der Konsumenten in beiden Regionen weiter deutlich, was in den USA vor allem auf die Krise im Immobilienbereich, im Euroraum auf die gestiegene Inflationsrate zurückzuführen ist. In beiden Ländern belastet dabei der hohe Ölpreis, im Euroraum zusätzlich auch die gestiegenen Lebensmittelpreise.

Am Finanzmarkt sind weiterhin die Folgen der Subprime-Kreditkrise stark spürbar. Die Bekanntgabe der deutlich über den ursprünglichen Erwartungen liegenden Verluste großer Banken, vor allem in den USA, erhöhte die Unsicherheit über Ausmaß und Folgen der Krise nochmals. Die Aktienkurse von Banken mussten von Juli bis Ende November einen Rückgang um rund 10 % hinnehmen.

Vor allem am Geldmarkt nehmen die Verwerfungen der Kreditkrise immer stärkere Ausmaße an. Die Differenz zwischen dem Referenzzinssatz der Noten-

banken und dem Geldmarktsatz, etwa für 3 Monate, hat sich seit dem Sommer immer stärker ausgeweitet. Er beträgt sowohl im Euroraum als auch in den USA rund 75 Basispunkte, deutlich mehr als die rund 20 Basispunkte, die noch im Sommer verzeichnet wurden. Dazu müssen die Notenbanken weiterhin Liquidität in den Markt bringen, die Fed hat ihre Zinsen Ende Oktober nochmals um 25 Basispunkte gesenkt, für die EZB sind die Erwartungen hinsichtlich Zinserhöhungen, die der Markt im Sommer noch hatte, vollkommen verschwunden.

Für die nächsten Monate erwartet der Markt weitere Zinssenkungen in den USA, für den Euroraum stehen die Erwartungen bei konstanten Leitzinsen. Damit kommt der bereits auf Rekordtiefstand gegenüber dem Euro liegende US-Dollar weiter unter Druck. So erscheint es angesichts dieses Szenarios durchaus möglich, dass der Euro über die 1,50-Marke zum US-Dollar steigt.

stefan.bruckbauer@ba-ca.com

Stefan Bruckbauer

Zinssätze Euroraum



US-Dollar per Euro



Regionaler Überblick CEE

Stabiles Wachstum bei gestiegenen Risiken

Trotz der Turbulenzen, ausgelöst durch die Hypothekenkrise in den USA, hat sich das Wachstum in den CEE-Ländern bisher stabil gezeigt.

Das Wachstum der CEE-Länder hat unter der Hypotheken- und Liquiditätskrise bisher nicht gelitten. Die Wachstumsraten für das dritte Quartal liegen mit wenigen Ausnahmen deutlich über dem EU-Durchschnitt. Den höchsten BIP-Anstieg in Zentraleuropa verzeichnete mit 9,4 % die Slowakei, doch auch Polen mit 6,4 %, die Tschechische Republik mit 5,8 % und Slowenien mit 5 % zeigen eine stabile Entwicklung. Ausreißer in dieser Gruppe ist Ungarn, das aufgrund des Sparprogramms eine massive Wachstumsverlangsamung erfährt. Im 3. Quartal betrug der Anstieg nur 1,0 % im Jahresvergleich, nach 1,2 % im zweiten Quartal. Verantwortlich für den geringen Anstieg ist der schwache private Konsum, als Folge von Steuererhöhungen und reduzierten Transferleistungen. Die Konsum-

schwäche macht sich deutlich in den Einzelhandelsergebnissen bemerkbar; so verstärkte sich der Rückgang im September auf 4,6 % im Jahresvergleich von 3,6 % im August. Die Anstrengungen der Regierung zur Sanierung des hohen Budgetdefizits werden aber auf den internationalen Kapitalmärkten bereits honoriert. Auch die Ratingagentur Fitch hat den Ausblick von negativ auf stabil hinaufgesetzt. Für das Gesamtjahr 2007 haben wir die BIP-Prognose für Ungarn auf +1,8 % (von zuletzt 2,4 %) zurückgenommen, für die anderen Länder sind sie gegenüber dem Herbst unverändert geblieben.

Besondere Aufmerksamkeit ist seit einiger Zeit auf die baltischen Länder gerichtet. Diese verzeichnen seit mehreren Jahren ein außerordentlich hohes Wachstum, das aber zusehends von negativen Faktoren begleitet ist. So sind die Importe übermäßig angestiegen, wurde die private Nachfrage zusehends

kreditfinanziert und stiegen die Löhne in höherem Umfang als die Arbeitsproduktivität. Dies führt zu einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit und zu einer massiven Ausweitung der Außenhandelsungleichgewichte. Wir erwarten für das Gesamtjahr 2007 eine Verschlechterung der Leistungsbilanzdefizite auf 15,5 % des BIP in Estland, 23,8 % in Lettland und 13,4 % in Litauen.

Durch die Bindung der Währungen aller drei Länder an den Euro (im Falle Estlands und Litauens durch ein currency board) wurden die Wechselkurswartungen stabilisiert. Sollten aber aufgrund der oben beschriebenen Probleme massive Zweifel an der Aufrechterhaltung dieser Bindung entstehen, müssten entweder die Zinsen deutlich angehoben werden oder die Bindung aufgegeben werden, was mit einer deutlichen Abwertung verbunden wäre. Um dies zu vermeiden versuchen die Länder das Wachstum, und vor allem die Importentwicklung, abzu-

Reales BIP

Vdg. gegenüber Vorjahr in %	2005			2006				2007							
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4			
Bulgarien	6,2	6,1	6,2	6,6	7,3	5,4	6,0	5,5	6,4	6,7	5,7	6,2	6,6	6,2	6,0
Estland	10,5	11,4	7,5	7,8	10,0	11,6	11,0	11,4	11,2	11,1	11,0	10,1	7,6	6,4	6,4
Lettland	10,6	11,9	10,6	7,7	11,5	11,6	11,4	13,1	11,1	11,9	11,7	11,2	11,0	11,1	9,0
Litauen	7,9	7,7	9,2	5,6	7,4	8,8	9,6	8,2	9,1	6,3	7,4	8,1	8,0	10,8	9,6
Polen	3,6	6,2	6,4	2,4	3,2	4,3	4,4	5,4	6,3	6,6	6,6	7,2	6,4	6,4	5,2
Rumänien	4,1	7,7	5,8	6,0	4,7	2,6	4,3	6,9	7,8	8,3	7,7	6,0	5,6	5,7	5,6
Slowakei	6,6	8,5	9,0	5,0	7,3	7,2	6,6	9,0	7,9	9,0	8,2	8,3	9,3	9,4	8,9
Slowenien	4,1	5,7	5,7	3,0	5,4	3,8	3,9	5,0	4,7	5,6	5,5	7,2	5,9	5,0	4,7
Tschechische Rep.	6,5	6,4	5,9	5,9	6,6	6,4	7,0	6,6	6,5	6,3	6,1	6,4	6,0	5,8	4,5
Ungarn	4,1	3,9	1,8	3,0	4,5	4,2	4,7	4,9	3,7	3,9	3,3	2,7	1,2	1,0	2,3
EU-10	4,9	6,5	6,0	4,1	5,0	5,0	5,4	6,3	6,5	6,7	6,5	6,6	5,9	5,9	5,3
Kroatien	4,3	4,8	5,5	1,8	5,1	5,2	4,8	6,0	3,6	4,7	4,8	7,0	6,6	4,6	4,3
Türkei	7,4	6,1	5,0	6,6	5,5	7,7	9,5	6,7	8,3	4,8	5,2	6,9	3,9	4,5	5,3
Bosnien-H.	4,3	6,2	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Russland	6,4	6,7	7,5	5,0	5,6	6,5	8,0	5,0	7,0	6,8	7,8	7,9	7,8	6,6	7,5
Serbien	6,2	5,7	6,5	4,6	7,8	7,4	5,0	7,0	5,9	5,3	5,0	8,4	7,7	5,8	5,5
Ukraine	2,7	7,1	7,2	5,0	3,5	1,5	1,9	4,1	6,8	6,9	9,5	8,0	7,9	6,5	6,7

Quelle: BA-CA Research CEE; Prognosewerte grau hinterlegt

kühlen. Die vorläufigen Daten zeigen für das dritte Quartal nur für Estland eine leichte Abschwächung an, während es in Lettland mit 11,1 % ein gleichbleibendes und in Litauen mit 10,8 % ein deutlich gestiegenes Wachstum gab.

Sehr unterschiedlich gestaltet sich der Wirtschaftsverlauf in Südosteuropa. Bulgarien und Rumänien weisen mit einem Wachstum von rund 6 % eine stabile Wirtschaftsentwicklung auf, aber die Risikofaktoren haben zugenommen. Beide Staaten verzeichnen im September Importsteigerungen von über 20 % und speziell in Bulgarien kam es zu einem massiven Anstieg der Verbraucherpreise (Oktober 07: 12,4 %, in Rumänien 6,8 %). Ähnlich wie bei den baltischen Ländern wird es heuer in Bulgarien mit 19,2 % und in Rumänien mit 13,5 % zu einer weiteren massiven Ausweitung der Leistungsbilanzdefizite in % des BIP kommen.

Scharfer Anstieg der Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise sind in den neuen EU-Ländern in den letzten Monaten deutlich angestiegen. So stieg die Inflation im Durchschnitt der zehn Länder von 3,9 % im August auf 5,0 % im Oktober. Dabei reichte die Bandbreite von 3,0 % in Polen bis zu 13,4 % in Lettland. Maßgeblich für den Anstieg war und ist nicht zuletzt der starke Anstieg der Lebensmittelpreise, dieser ist jedoch nicht auf Zentral- und Osteuropa begrenzt. Zusätzlich zu der generell steigenden Bedeutung der Energiepreise für die Landwirtschaft sind die Hauptgründe für den weltweiten Anstieg: die schlechtere Getreideernte, die starke Nachfrage aus Asien und der zunehmende Einsatz als Beimischung zu Treibstoffen.

Die einzelnen Länder sind aber davon unterschiedlich betroffen. Polen, die Slowakei,

Tschechien und Ungarn verzeichneten im Zeitraum Juli bis Oktober 2007 einen Anstieg um 2,1 %, wenn auch ein weiterer Preisdruck – nicht zuletzt durch Zweitrundeneffekte – erwartet wird. Im Baltikum, in Rumänien, Slowenien und der Türkei betrug der Anstieg 6,5 %. In der Türkei erfolgt ein Übergreifen des Preisanstieges von der Landwirtschaft auf den lebensmittelverarbeitenden Sektor; diese Entwicklung wird auch für die anderen Länder erwartet. Ein Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen liegt im Wechselkursystem. Während in der ersten Ländergruppe die Währungen aufgewertet haben und dadurch den Preisanstieg gedämpft haben, haben die fixen Wechselkurse zu einer direkten Weiterleitung der Verteuerung bei Lebensmitteln geführt.

Die Zentralbanken stehen in dieser Situation wieder stärker im Rampenlicht. Denn einerseits beachten sie die steigende Inflation mit Sorge, andererseits kann ein Zinsanstieg zu einer weiteren Aufwertung der jeweiligen Währung und damit zu einer Verteuerung der Exporte und einer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit führen. Die Notenbanken drehen aber

nicht nur an der Zinsschraube, sondern versuchen auch durch Verschärfung der Mindestreservebestimmungen – wie zum Beispiel in Bulgarien und Kroatien – die Kreditentwicklung zu steuern. Die Zentralbank in Rumänien hat Ende Oktober die Zinsen um 50 BP auf 7,5 % angehoben, und die Notenbanken in Tschechien und Polen haben im November eine Erhöhung um jeweils 25 BP auf 3,5 % bzw. 5 % vorgenommen. Eine gegenläufige Entwicklung vollzieht sich in Ungarn und der Türkei. In Ungarn erwarten wir, nicht zuletzt aufgrund der massiven Wachstumsverlangsamung, noch heuer rückläufige Zinsen (derzeit 7,5 %). Die Zentralbank in der Türkei hat bereits – nach der massiven Erhöhung im Vorjahr – mit einer Senkung um 50 BP auf 16,25 % begonnen, und wir rechnen mit einer weiteren Reduktion.

**Positiver
Ausblick für
2008, allerdings
mit steigenden
Risiken**

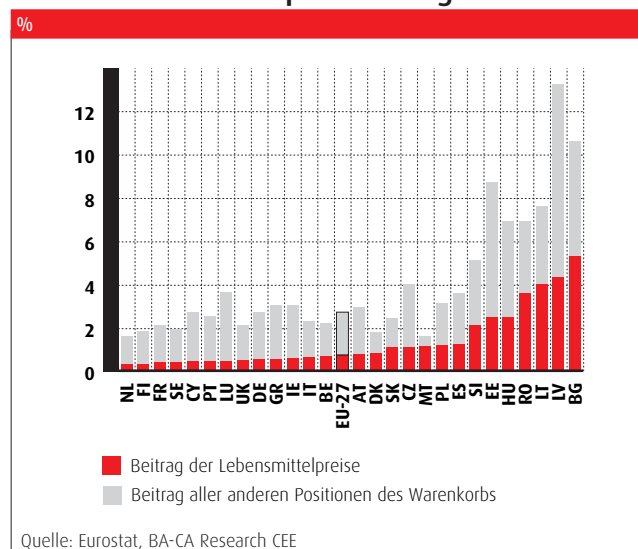
Ausblick 2008

Nach derzeitiger Lage wird sich die von den USA ausgehende Krise nicht allzu drastisch auf die Wachstumsaussichten 2008 der Länder Zentral- und Osteuropas niederschlagen. Generell gehen wir jedoch von einer mäßigen Wachstumsabschwächung aus und erwarten für 2008 für die zehn neuen EU-Staaten einen Anstieg um 5,3 % nach erwarteten 6 % 2007. Allerdings steigen die Risiken, und zwar in verschiedenen Bereichen. So kann sich die sinkende Nachfrage aus den USA und Westeuropa auf die Exporte auswirken. Weiters wird es aufgrund des höheren Risikobewusstseins zu einer Verteuerung der Kapitalkosten kommen und bei rückläufigen ausländischen Investitionen kann es zu Problemen bei der Finanzierung der Außenhandelsdefizite kommen.

debora.revoltella@ba-ca.com

Debora Revoltella

Bedeutung der Lebensmittelpreise für den Verbraucherpreisanstieg



Klein und fein

Österreich zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten Europas

Eine neue Publikation* der BA-CA gibt einen informativen Überblick über die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Österreich. Im darin inkludierten Standortranking platziert sich die Alpenrepublik im Spitzenfeld.

Abseits von gängigen Klischees wie Walzerklängen, Heurigeneligkeit und ähnlichem, die das Bild des Landes im Ausland prägen, hat sich Österreich in den letzten Jahren als moderner, zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort etablieren können. In einer Gegenüberstellung aller Mitgliedsländer der Europäischen Union rangiert Österreich unter den Top-5. Nur Dänemark, Luxemburg, Irland und die Niederlande weisen im Durchschnitt komparative Vorteile gegenüber dem Standort Österreich auf.

Dieser Vergleich beruht auf einer Vielzahl von Wirtschaftsindikatoren und gibt damit, nach standardisierten, objektiven Kriterien gemessen, eine Einschätzung der Leistungsfähigkeit und der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Standorte wieder. Bei den dabei verwendeten Indikatoren handelt es sich sowohl um Größen, die direkt wirtschaftspolitischen Zielen, wie Wohlstand und Arbeitsmarkt zugeordnet werden können, als auch um einflussnehmende Faktoren, wie Standort- und Strukturkennzahlen.

*) Die BA-CA Publikation „Standort Österreich“ enthält eine detaillierte Analyse der Wirtschaftskraft Österreichs in Form eines Ländervergleichs sowie einen Überblick über die aktuelle Förderlandschaft und die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen für Investoren und Unternehmen. Die Broschüre kann in deutscher oder englischer Sprache als Druckexemplar kostenlos unter Tel.: 05 05 05 DW 56141 (Tonband) oder per E-Mail unter pub@ba-ca.com bestellt werden, bzw. ist in Kürze auf der Homepage der BA-CA verfügbar.

Um ein aussagekräftiges Bild zu erhalten, inkludiert die Bewertung nicht nur den aktuellen Zustand des Standorts, sondern als dynamisches Element auch die jüngsten Trends.

Schwungvoll in der Oberliga

Mit einem BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards von rund 32.000 Euro ist Österreich der Markt mit der vierthöchsten Kaufkraft in der EU. Produktivitätszuwächse von durchschnittlich mehr als 3,5 % gemessen am BIP pro Erwerbstätigen in den letzten Jahren und damit weit höhere Werte als die großen benachbarten Industrienationen Deutschland und Italien unterstreichen die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich. Vor allem die Erfolge der Industrie haben, ergänzt mit einer Verbreiterung des Dienstleistungsangebots, für die hohe Wachstumsdynamik der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren gesorgt. Innerhalb der vergangenen drei Jahre wurde ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum von 2,5 % erreicht. Im Jahr 2006 wuchs die Wirtschaft

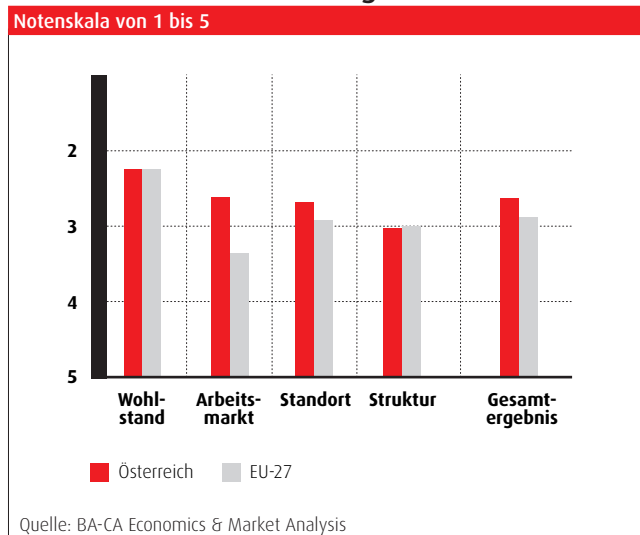
sogar um über 3 % und für 2007 wird ein ebenso hoher Wert erwartet. Österreich zählt damit zu den schwungvollsten europäischen Industrienationen.

Die wirtschaftlichen Erfolge haben zu einer deutlichen Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt beigetragen. Österreich weist mit über 70 % eine der höchsten Beschäftigungsquoten aller EU-Länder aus. In den letzten Jahren ist die Beschäftigung um durchschnittlich mehr als 1 % jährlich gestiegen. Fast 3,3 Millionen unselbständig Beschäftigte sind ein Rekordstand. Vor allem der Dienstleistungssektor hat durch Flexibilisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen eine lebhafte Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften entwickelt. Mit 4,7 % im Jahresdurchschnitt 2006 (EU-Konzept) hat Österreich deshalb auch eine der geringsten Arbeitslosenquoten in der Union, die 2007 noch weiter auf 4,3 % sinken wird. Diese positiven Trends und das sozialpartnerschaftliche Konsenssystem am Arbeitsmarkt, das mit der geringsten durchschnittlichen Streikdauer in der EU punktet, unterstützen die hohe soziale Stabilität, die einen sicheren Rahmen für Unternehmer gibt.

Profiteur der Ostöffnung

Die gute Entwicklung der österreichischen Wirtschaft steht in engem Zusammenhang mit den politischen Veränderungen in Europa in den letzten eineinhalb Jahrzehnten. Die Ostöffnung und in weiterer Folge die Erweiterung der Europäischen Union haben Österreich von seiner geopolitischen Randlage ins Zentrum des europäischen Binnenmarkts gerückt. Die Chancen der Globalisierung konnten dank dieser veränderten Rahmenbedingungen besser genutzt und in außenwirtschaftliche Erfolge umgesetzt werden. Der Handelsbilanzsaldo ist,

Österreich im Standortvergleich



nach deutlichen Abgängen in der Vergangenheit, dank einer hohen Exportdynamik nunmehr weitgehend ausgeglichen. Die Güterexporte sind innerhalb eines Jahrzehnts um durchschnittlich fast 10 % pro Jahr gestiegen, so dass die Warenexportquote in diesem Zeitraum um rund ein Drittel auf über 40 % des BIP zugenommen hat.

Österreich hat sich an der Nahtstelle zwischen „altem“ und „neuem“ Europa, gestützt auf die gemeinsamen historischen Wurzeln, als Brückenkopf in die neuen Wachstumsmärkte etabliert. Über 4.000 internationale Unternehmen sind in Österreich aktiv, über 300 haben hier ihre Konzernzentrale für unternehmerische Aktivitäten in Osteuropa eingerichtet. Neben der geographischen und mentalen Nähe Österreichs zu den Zielmärkten, die sich durch den starken Zuzug von Immigranten aus der Region, die über spezifische Sprachkenntnisse und ein funktionierendes Netzwerk in die alte Heimat verfügen, gefestigt hat, bietet eine funktionierende Logistik basierend auf zukunftsicherer Infrastruktur mit leistungsfähigen Verkehrsträgern einen idealen Rahmen.

Doch auch österreichische Unternehmen haben die wirtschaftlichen Chancen wahrgenommen und kräftig in Zentral- und Osteuropa investiert. Mittlerweile bestehen mehr als 16.000 österreichische Joint Ventures mit osteuropäischen Unternehmen. Über 40 % der aktiven Direktinvestitionen Österreichs sind in diese Region geflossen. Damit hält Österreich einen Anteil von rund 10 % an den gesamten Direktinvestitionen in diesem Wirtschaftsraum und ist etwa in Bulgarien und Slowenien sogar der wichtigste Kapitalgeber überhaupt.

Innovation und Qualifikation – Rüstzeug für die Zukunft

Diese Erfolge der österreichischen Wirtschaft basieren auf der Positionierung in Industriebranchen im mittleren Technologiesegment und die Konzentration auf Dienstleistungen auf durchschnittlicher Qualitätsebene.

In diesen Bereichen konnte Österreich mit einer Kombination aus im westeuropäischen Vergleich verhältnismäßig niedrigen Lohnkosten und auf guter Qualifikation seiner Arbeitskräfte basierender hoher Produktqualität reüssieren.

Die Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft und damit die anstehenden Herausforderungen für die Zukunft haben sich mittlerweile in zweifacher Hinsicht verändert. Zum einen ist durch den Beitritt zur Europäischen Union und der Öffnung der ost- und zentral-europäischen Märkte die Globalisierung der Wirtschaft für Österreich in seiner ganzen Tragweite spürbar geworden. In unmittelbarer Nachbarschaft sind wirtschaftliche Wettbewerber aufgenommen, die sich zunehmend in traditionellen Stärkefeldern der österreichischen Wirtschaft positionieren und in qualitativer Hinsicht eine ähnliche Ausrichtung wie die österreichische Wirtschaft, bei gleichzeitig weit günstigerer Kostenstruktur, zumindest anstreben.

Zum anderen hat Österreich nunmehr einen wirtschaftlichen Status erreicht, dessen Weiterentwicklung nur noch über technischen Fortschritt und eine Qualitätssteigerung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital möglich ist. Das bedeutet, dass die österreichische Wirtschaft vor der Herausforderung steht, nicht mehr ausschließlich von der Nachahmung bzw. dem Transfer technischen Wissens aus dem Ausland profitieren zu können, sondern vermehrt eigene technologische Impulse setzen zu müssen. Diesen Paradigmawechsel hin zu einer wissensbasierten Ökonomie gilt es durch eine offensive Qualifikations- und Innovationsstrategie in den nächsten Jahren zu fördern. Nur so kann nachhaltig die internationale Konkurrenzfähigkeit gesichert werden.

Neben dem Ausbau der materiellen Infrastruktur ist die Bildungspolitik ein wichtiger Ansatzhebel. Um darüber

hinaus die Innovationsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft zu verbessern, ist die weitere Anhebung der finanziellen Mittel für Forschung und Entwicklung sowie der noch effizientere Einsatz dieser Gelder eine wichtige Herausforderung für die unmittelbare Zukunft. Die im EU-Vergleich bereits überdurchschnittlich hohe Forschungsquote ist eine Grundlage für die Beschleunigung des Strukturwandels in Richtung forschungs- und wissensintensiverer Branchen. Allerdings stellen innerregionale Disparitäten, bedingt durch die Kleinräumigkeit des Landes, eine zusätzliche Herausforderung dar. Innerösterreichische und auch über die Grenzen reichende Kooperationen und Netzwerke, um hinreichende wirtschaftliche Größen zu schaffen, die eine Eigendynamik entwickeln können, ohne jedoch das Potenzial der regionalen Vielfalt zu zerstören, sind ein derzeit noch zu wenig praktizierter Lösungsansatz.

In der regionalen Vielfalt steckt Potenzial für Österreichs Zukunft

Ein bereits einsetzender Trend zur Produktions- und Beschäftigungsausweitung in den technologisch höherwertigen Branchen der Sachgüterindustrie sowie die steigende Bedeutung von wissensbasierten Dienstleistungen zeigen, dass sich die österreichische Wirtschaft schon für die Zukunft zu rüsten begonnen hat. In einer Reihe von Branchen im mittleren und oberen Hochtechnologiesegment haben sich in Österreich ansässige Unternehmen in ihren Nischen nicht nur zu kompetitiven globalen Playern, sondern mitunter sogar zu Weltmarktführern entwickelt. Erfolgreiche Unternehmensbeispiele, wie Wienerberger, AVL List oder Lenzing, aber auch das gute Abschneiden in unserem Vergleich europäischer Wirtschaftsstandorte bestätigen die Attraktivität Österreichs. Für Investoren und Unternehmer bietet der Standort ein günstiges Umfeld für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft.

walter.pudschedl@ba-ca.com

Walter Pudschedl

Öl- und Gasabhängigkeit der EU-15-Länder

Die Diskussion um die aktuelle Entwicklung der Erdöl- und Erdgaspreise zeigt ein weiteres Mal, wie stark die Weltwirtschaft von einer friktionsfreien Versorgung mit diesen Rohstoffen abhängt.

Gerade die Länder der Europäischen Union haben einerseits einen hohen Bedarf an diesen Energieträgern und sind auf der anderen Seite, mangels eigener Ressourcen, im Allgemeinen auch in hohem Maße von deren Importen abhängig.

Das WIIW (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche) hat in einer neuen Studie* die Frage, welche Länder der EU-15 gegenüber möglichen Erdöl- bzw. Erdgasangebotsschocks am stärksten verletzbar sind, einer genauen Analyse unterzogen.

Im zweiten Teil der Studie unterzieht das WIIW die aktuelle Energiesicherheitsdebatte in der EU und die Rolle Russlands einer kritischen Würdigung.

Europäische Verletzbarkeiten

Gemessen am Erdgasverbrauch pro BIP-Einheit sind die Niederlande, Großbritannien, Belgien, Italien und Luxemburg die intensivsten Nutzer. Die hohe Intensität bedeutet jedoch nicht für alle diese Länder auch eine unmittelbare, starke Verletzbarkeit, da die Niederlande und Großbritannien auf eine hohe eigene Gasförderung zugreifen können. Für die anderen erwähnten Länder ist das aber nicht der Fall, daher sind Belgien, Italien und Luxemburg die (pro BIP-Einheit) intensivsten Verbraucher von importiertem Erdgas. Umgekehrt weisen Schweden, Griechenland und Portugal die geringsten Erdgasintensitäten unter den EU-15-Ländern auf. Was den Ver-

brauch von Ölprodukten pro BIP-Einheit betrifft, ist dieser in Luxemburg, Belgien und Portugal am höchsten. Hingegen sind Italien, Großbritannien und Dänemark die am wenigsten intensiven Verbraucher von Erdölprodukten.

Die oben erwähnten Resultate beziehen sich auf die Gesamtwirtschaft. Was einzelne Industriebranchen betrifft, führte die Studie zu folgenden Ergebnissen: Wenn man gleichzeitig zwischen Industriebranchen und Ländern unterscheidet, kann man jene länderspezifischen Industriebranchen identifizieren, die von Erdöl- bzw. Erdgasangebotsschocks am stärksten betroffen wären. Das sind vor allem die Metallerzeugung und -bearbeitung in Irland und in Luxemburg, die Herstellung und Bearbeitung von Glas und Waren aus Steinen & Erden in fast allen EU-15-Ländern, Bergbau und Gewinnung von Steinen & Erden in Dänemark und in Griechenland, sowie die chemische Industrie in Österreich und in Spanien.

„Steigende Abhängigkeiten“

Die Importabhängigkeit für Erdöl und Erdgas ist in den meisten EU-15-Ländern sehr hoch (zwischen 80 % und 100 %). Außerdem dürften die Importabhängigkeiten von Dänemark und Großbritannien von derzeit fast 0 % wegen Erschöpfung der Ressourcen bis 2015 dramatisch ansteigen. Diese Verschiebung wird die EU-Gesamtnachfrage nach importierten Erdöl und Erdgas bedeutend erhöhen. Bei Erdöl lag die Importabhängigkeit der EU-15 im Jahr 2005 um 80 %. Im Jahr 2015 würde diese Abhängigkeit (bei einem angenommenen kompletten Ausfall der Produktionsmengen in den beiden genannten Ländern) schon rund 97 % betragen. Im Falle von Erdgas lag die Importabhängigkeit 2005 bei 55 %. Unter den oben erwähnten Annahmen würde sie 2015 auf 78 % ansteigen.

Das wichtigste Herkunftsland für Erdöl- und Erdgasimporte der EU-15 ist Russland. Die Anteile Russlands an Nicht-EU-Importen liegen bei 26 % für Erdöl und bei 33 % für Erdgas. Das zweitwichtigste Herkunftsland ist Norwegen, mit Anteilen von 19 % bzw. 25 %. Bei Erdöl sind Saudi-Arabien und Libyen die nächstwichtigsten Herkunftsländer, für Erdgas sind das Algerien und Nigeria.

Die EU-15 weisen insgesamt eine eher gut diversifizierte Verteilung der Herkunftsländern auf. Dennoch sind mehrere Mitgliedsstaaten stark von einigen wenigen Lieferländern abhängig. Wenn man die norwegische Ressourcen ausschließt, zeigen bei Erdöl Finnland und Schweden die geringste Diversifizierung nach Herkunftsländern. Hingegen sind Spanien und Frankreich die Länder mit der höchsten Diversifizierung. Bei Erdgas sind Finnland und Deutschland die Länder mit der geringsten Diversifizierung; Spanien und Frankreich weisen wiederum die höchste Diversifizierung auf.

„Bei Erdgas ist auch Österreich verletzbar“

In der vorliegenden Studie wird auch ein Gesamtindikator berechnet, der die jeweilige Energieträgerintensität mit der Importabhängigkeit und mit dem Grad der Diversifizierung (nach Herkunftsländern) verkettet. Das Ergebnis dieses Gesamtindikators: Bei Ölprodukten sind Finnland, Belgien und Griechenland die verletzbarsten Länder unter den EU-15. Bei Erdgas sind Finnland, Österreich und Italien die am meisten verletzbarsten Länder.

Die am wenigsten verletzbarsten Länder in Bezug auf beide Energieträger sind vorrangig die Länder mit aktuell hohen Nordseeressourcen: Großbritannien, Dänemark und (nur bei Erdgas) die Niederlande. Abgesehen von diesen Ländern – deren Ressourcen wie bereits erwähnt rasch erschöpft werden – sind die bei Erdöl am wenigsten verletzbarsten Länder Spanien und Frankreich. Bei Erdgas sind das

* Oil- and Gas Dependence of EU-15 Countries, WIIW

Frankreich und Irland. Mittelfristig gesehen hat also Frankreich die beste Position bezüglich Energiesicherheit.

Der lange Arm des Kremls

Im Mittelpunkt der EU-Debatte um die Energiesicherheit steht Russland und, im Fall von Erdgas, Russlands Exportmonopolist Gazprom. Die EU ist bereits heute ziemlich stark von russischen Energieressourcen abhängig und diese Abhängigkeit dürfte nach aktuellen Trends noch weiter zunehmen. Die Gesamtnachfrage der EU nach importiertem Erdöl und Erdgas wird steigen – infolge der baldigen Erschöpfung der Nordseereserven – und Russland bietet sich als natürlicher Geschäftspartner, vor allem für Erdgas, an.

Der Kreml macht allerdings kein Geheimnis daraus, dass er Gazprom als ein wichtiges wirtschaftliches und politisches Instrument betrachtet, um seinen Einfluss in der Welt geltend zu machen. Gleichzeitig haben Russlands Interventionen gegenüber gewissen Nachbarländern für Unruhe gesorgt. Dazu hat Gazproms sehr aktive Expansionsstrategie – in nachgelagerten Märkten innerhalb der EU sowie in vorgelagerten Produktionsquellen in Zentralasien – das Energiesicherheitsproblem der EU weiter verschärft.

Es liegt durchaus im Interesse der EU, eine Politik der Diversifizierung von Energiequellen zu betreiben. Dazu gehören aktuelle Bestrebungen, einen „Energy Corridor“ zwischen dem Kaspischen Meer und Europa zu schaffen. Allerdings versucht Russland diese Pläne zu durchkreuzen, was zu Besorgnis in der EU führt.

Nichtsdestotrotz wird (und soll) die EU ihre Diversifizierungspolitik weiterführen. Eine Folge dieser Strategie könnte zum Beispiel der stärkere Bezug von verflüssigtem Erdgas (LNG) sein. Allerdings dürften die Erfolge der Diversifizierungspolitik insgesamt eher gering ausfallen. Langfristig gesehen erscheint es in Anbetracht von Russlands riesigen Erdgasreserven (den größten der Welt) wünschenswert wie auch praktisch un-

vermeidbar, dass Russland ein sehr wichtiger Lieferant der EU bleiben wird.

Ein ganz anderes Problem im Rahmen der Energiesicherheitsdebatte bezieht sich auf die kurz- bis mittelfristige Fähigkeit Russlands alle Lieferverträge zu erfüllen. Die Reserven sind vorhanden. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die bisher erfolgten Investitionen in die Förderkapazitäten keine ausreichenden Produktionsmengen garantieren können. Russlands Inlandsverbrauch an Erdgas steigt und die Exportnachfrage steigt ebenfalls. Dies führt zur Sorge, dass in Zukunft eine Erdgasverknappung entstehen könnte. In dieser Hinsicht kann die EU relativ wenig unternehmen. Es ist jedoch ein Problem, das sie im Auge behalten muss.

Gazproms enge Beziehung zum russischen Staat und seine riesige Marktmacht führen zu einem wachsenden Unbehagen in der EU hinsichtlich der steigenden Marktanteile des Konzerns innerhalb der Verteilungs- und Lagernetzwerke der Union. Weiters hat sich Russland geweigert, den rechtlichen Status Gazproms in Bezug auf Exportmonopol und das russische Verteilungsnetzwerk zu verändern.

„Brüssel wacht auf ...“

Ursprünglich strebte die Europäische Kommission, u. a. durch die Entflechtung von Produktion und Verteilung, einen völlig liberalisierten Energiebinnenmarkt an. Im September 2007 hat die Europäische Kommission auf die „Herausforderung Gazprom“ mit einer Koppelung der beiden Probleme reagiert. Dies erfolgte durch einen Vorschlag für eine EU-Richtlinie, der die Entflechtung von Produktion und Verteilung sowohl EU- als auch Nicht-EU-Energiekonzernen aufbürden würde. Diese Richtlinie würde freilich auch Gazprom (für EU-interne Tätigkeiten) betreffen. Zusätzlich würde die Kommission ein Vetorecht auf die Beteiligung von Nicht-EU-Konzernen an Energieverteilungsnetzen in der EU haben.

Die von der Kommission entworfene Richtlinie ist, ökonomisch gesehen,

wahrscheinlich die bestmögliche Reaktion gegenüber der heutigen Energiesicherheitsherausforderung der EU. Es würde die Marktdurchdringung Gazproms beschränken und würde zu einem wettbewerbsintensiveren Energiebinnenmarkt beitragen.

Darüber hinaus lässt die Stellungnahme der Kommission die Tür zu Russland offen. Russland kann im Rahmen der bilateralen Energiebeziehung mit der EU zwischen einer bestmöglichen und eine zweitbestmöglichen Lösung wählen. Wenn eine Liberalisierung von beiden Seiten vorgenommen wird, können beide Partner in die Energiemärkte des anderen investieren, was sowohl zu höherer ökonomischer Effizienz als auch zu höherer Sicherheit für beide Partner führen würde. Wenn Russland bei der Liberalisierung nicht mitmacht, das heißt, sich für die zweitbestmögliche Lösung entscheidet, könnte die Kommission Gazprom am EU-Energiebinnenmarkt beschränken.

„... nur ist das Spiel noch unentschieden“

Es besteht aber das Risiko, dass aus EU-internen Gründen die geplante Entflechtung von wichtigen EU-Mitgliedsstaaten, vorrangig Deutschland und Frankreich, blockiert wird. Wenn das der Fall wäre, ist es noch nicht klar, wie die Kommission mit anderen Mitteln die Marktdurchdringung durch Gazprom beschränken könnte. Es ist aber wahrscheinlich, dass Beschränkungen in irgendwelcher Form angestrebt werden. Eine alternative Maßnahme wäre zum Beispiel die Anwendung sogenannter „Golden Shares“.

Die Debatte ist noch offen. Russland sollte wahrscheinlich noch präziser auf den Entwurf der EU reagieren, die Mitgliedstaaten der EU ebenfalls. Es dürfen also in den kommenden Monaten entscheidende Stellungnahmen der beteiligten Regierungen und Institutionen erwartet werden.

christie@wiw.ac.at

Edward Christie

Daten und Fakten Österreich

BIP / Entstehung

real	2003	2004	2005	2006
BIP	1,2	2,3	2,0	3,3
Land- und Forstwirtschaft	-2,0	4,0	-1,9	-0,3
Sachgütererzeugung u. Bergbau	0,3	2,4	3,1	8,8
Energie- u. Wasserversorgung	4,6	5,6	-0,2	8,2
Bauwesen	5,7	0,5	1,8	4,7
Handel	0,4	1,1	0,2	1,0
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	1,5	1,2	1,7	1,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1,0	2,8	2,5	4,6
Kredit- u. Versicherungswesen	5,6	5,9	0,7	4,8
Realitätenwesen	0,9	4,8	3,6	2,2
Öffentliche Dienste	0,4	-0,4	2,2	1,8
Sonstige Dienstleistungen	1,8	1,5	3,3	1,9

BIP / Verwendung

real	2005	2006	2007	2008
			Prognose BA-CA	
BIP	2,0	3,3	3,3	2,3
Privater Konsum	2,0	2,1	1,8	2,5
Öffentlicher Konsum	1,9	2,1	1,2	1,4
Bruttoinvestitionen	-1,3	3,7	5,8	2,7
Ausrüstungen	0,7	2,9	5,6	3,3
Bauten	0,1	5,1	4,5	2,4
Exporte i.w.S.	6,2	7,5	5,4	3,5
Waren	6,3	7,9	5,6	3,0
Reiseverkehr	1,6	-0,1	4,2	3,0
Importe i.w.S.	5,0	5,6	4,1	3,8
Waren	5,7	5,5	4,7	4,3
Reiseverkehr	-6,9	3,1	2,5	2,2

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung	Bau- produktion*	Einzelhandels- umsatz nom.	Über- nachtungen	Unselbst. Beschäftigte		Arbeitslosen- quote	VPI
	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	Vdg. z. Vj. in %	in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	nat. Def., in %	Vdg. in %
2001	2,1	-2,9	0,4	1,3	3.148,2	0,5	6,1	2,7
2002	0,0	1,2	0,6	1,5	3.155,2	0,2	6,9	1,8
2003	2,2	11,0	1,5	1,0	3.184,8	0,9	7,0	1,3
2004	7,4	2,8	2,4	-0,6	3.198,6	0,4	7,1	2,1
2005	4,4	4,5	2,2	1,7	3.230,3	1,0	7,3	2,3
2006	7,6	14,5	2,3	0,1	3.280,9	1,6	6,8	1,5
Dez. 2006	11,8	18,6	1,4	4,1	3.258,2	1,8	7,9	1,5
Jän. 2007	11,2	20,2	3,0	-3,3	3.245,4	2,2	8,3	1,6
Feb. 2007	10,7	28,0	3,6	0,8	3.265,1	2,4	7,8	1,6
März 2007	11,1	17,2	4,4	-5,5	3.299,5	2,7	6,7	1,8
April 2007	8,3	13,9	3,8	-0,3	3.310,6	2,0	6,2	1,8
Mai 2007	9,1	3,9	0,6	4,9	3.336,6	1,8	5,6	2,0
Juni 2007	4,9	10,3	4,3	2,9	3.361,2	1,7	5,2	2,0
Juli 2007	6,2	7,2	2,0	6,4	3.436,8	1,7	5,1	2,1
Aug. 2007	6,4	7,7	2,5	3,0	3.413,3	1,4	5,3	1,7
Sept. 2007	3,1		1,8	-1,2	3.397,2	1,8	5,2	2,1
Okt. 2007				2,5	3.374,2	1,6	5,7	2,8
Nov. 2007					3.355,5	1,6	6,2	3,1

*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J			Wechselkurs		
	Mitte Dez. 2007	Ende März 2008	Ende Sept. 2008	Mitte Dez. 2007	Ende März 2008	Ende Sept. 2008	Mitte Dez. 2007	Ende März 2008	Ende Sept. 2008
Euroland	4,89	4,50	4,30	4,13	3,95	4,30			
USA	5,15	4,50	4,30	4,01	3,90	4,50	1,46	1,55	1,48
Japan	1,02	0,80	0,90	1,58	1,40	1,80	163,17	164,00	157,00
UK	6,64	5,75	5,30	4,58	4,40	4,50	0,72	0,73	0,72
Schweiz	2,77	2,75	3,00	2,99	2,75	3,10	1,65	1,65	1,62

Quelle: BA-CA Economics & Market Analysis, HVB-Research, Statistik Austria, Thomson Financial

Daten und Fakten International

BIP (real, Vdg. in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3	2,3	1,3	2,0	2,1	1,7	2,1	2,0
Deutschland	-0,2	0,6	1,0	3,1	2,6	1,7	1,0	1,7	2,0	1,7	2,1	2,2
Euroland	0,8	1,8	1,6	2,9	2,7	1,9	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	2,4
USA	2,5	3,6	3,1	2,9	2,2	1,7	2,3	2,7	3,4	3,2	2,8	3,1
Japan	1,6	2,7	1,9	2,2	1,9	1,5	-0,2	0,0	-0,3	0,2	0,0	0,3
GB	2,8	3,3	1,8	2,8	3,1	2,0	1,4	1,3	2,0	2,3	2,3	1,9
Schweiz	-0,2	2,3	1,9	2,9	2,6	2,0	0,6	0,8	1,2	1,1	0,7	1,4

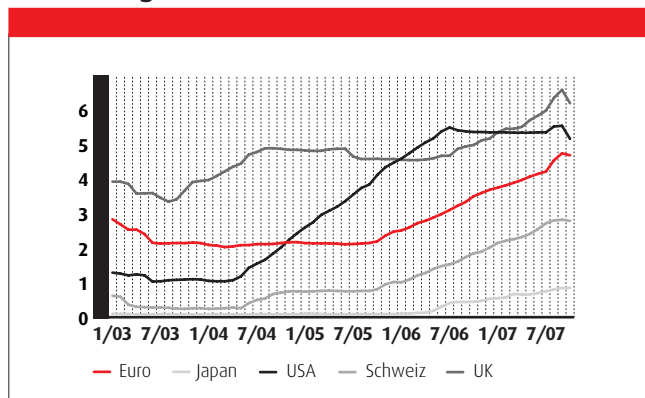
VPI (in %)

Budgetsaldo (in % des BIP)

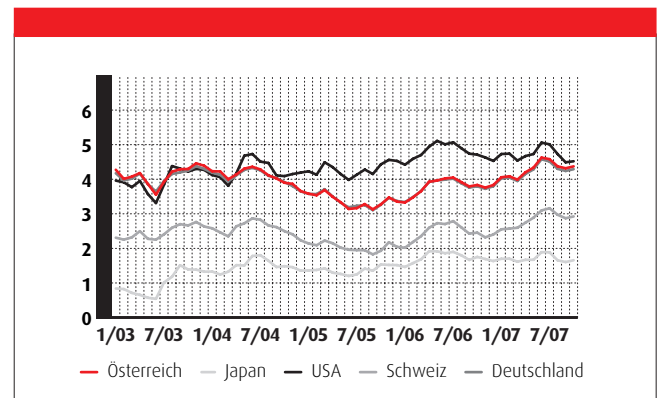
	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Österreich	-1,6	-1,2	-1,6	-1,4	-0,8	-0,7	-0,2	1,7	2,1	3,2	3,1	2,9
Deutschland	-4,0	-3,8	-3,5	-2,2	-0,1	0,0	2,0	4,4	4,0	3,9	5,7	5,6
Euroland	-3,0	-2,8	-2,5	-1,6	-0,9	-0,4	0,5	1,2	0,3	-0,1	0,0	0,2
USA	-3,5	-3,6	-2,6	-1,9	-1,2	-1,5	-4,8	-5,5	-6,4	-6,6	-5,6	-5,3
Japan	-7,9	-6,2	-6,4	-4,3	-3,5	-2,2	3,2	3,7	3,6	3,7	4,7	4,6
GB	-3,3	-3,3	-3,2	-2,9	-3,0	-2,9	-1,3	-1,6	-2,5	-3,7	-4,1	-4,0
Schweiz	-	-	-	-	-	-	13,4	15,1	13,7	14,5	15,9	13,8

Leistungsbilanz (in % des BIP)

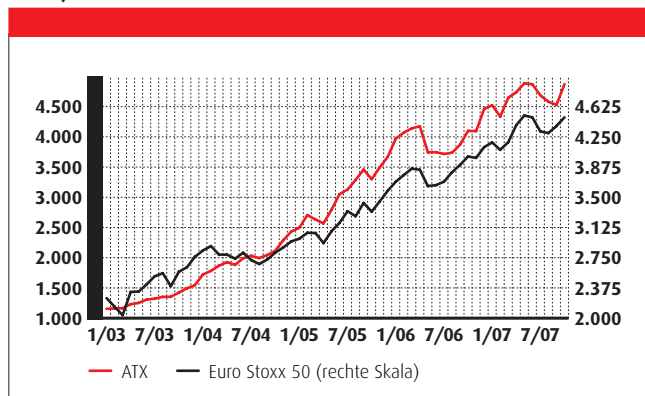
3-Monatsgeld



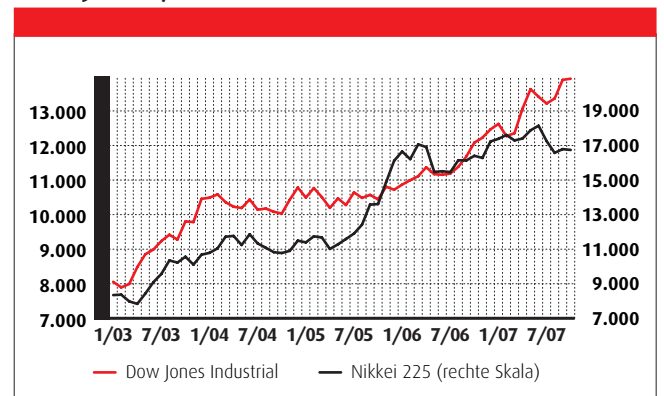
Sekundärmarktrendite



ATX / Euro Stoxx



Dow Jones / Nikkei 225



Daten und Fakten

Osteuropa

BIP (real, Vdg. in %)

	BIP (real, Vdg. in %)						VPI (Jahresdurchschnitt in %)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	5,0	6,6	6,2	6,1	6,2	6,2	2,4	6,2	5,0	7,3	8,4	7,0
Estland	7,1	8,1	10,5	11,4	7,5	6,5	1,3	3,0	4,1	4,4	6,3	7,8
Lettland	7,2	8,7	10,6	11,9	10,6	8,0	2,9	6,2	6,7	6,5	10,0	10,0
Litauen	10,3	7,3	7,9	7,7	9,2	7,7	-1,2	1,2	2,7	3,8	5,4	5,7
Polen	3,9	5,3	3,6	6,2	6,4	5,2	0,8	3,5	2,1	1,0	2,4	4,2
Rumänien	5,2	8,5	4,1	7,7	5,8	5,5	15,3	11,9	9,0	6,6	4,7	5,7
Slowak. Rep.	4,8	5,2	6,6	8,5	9,0	7,4	8,5	7,5	2,7	4,5	2,7	3,8
Slowenien	2,8	4,4	4,1	5,7	5,7	5,0	5,6	3,6	2,5	2,5	3,2	2,8
Tschech. Rep.	3,6	4,6	6,5	6,4	5,9	4,8	0,1	2,8	1,9	2,5	2,8	5,0
Ungarn	4,2	4,8	4,1	3,9	1,8	3,1	4,7	6,8	3,6	3,9	7,9	5,5
EU-10	4,4	5,7	4,9	6,5	6,0	5,3	3,5	5,1	3,4	3,1	4,1	5,0
Kroatien	5,3	4,3	4,3	4,8	5,5	4,7	1,8	2,1	3,3	3,2	2,7	3,8
Türkei	5,8	8,9	7,4	6,1	5,0	6,1	25,3	10,6	8,2	9,6	8,5	6,8
Bosnien-H.	3,0	6,3	4,3	6,2	6,7	6,5	0,6	0,4	3,8	7,4	1,8	3,4
Russland	7,3	7,2	6,4	6,7	7,5	6,6	13,6	10,9	12,7	9,7	8,9	8,6
Serbien	2,5	8,4	6,2	5,7	6,5	6,2	11,7	10,1	16,5	12,7	6,3	7,1
Ukraine	9,6	12,1	2,7	7,1	7,2	5,6	5,2	9,0	13,5	9,1	11,9	10,4

Arbeitslosenquote (in %)

	Arbeitslosenquote (in %)						Budgetsaldo (in % des BIP)					
	2003	2004	2005	2006	Prognose		2003	2004	2005	2006	Prognose	
					2007	2008					2007	2008
Bulgarien	13,5	12,2	10,7	9,1	7,3	6,5	0,0	1,7	2,3	3,6	4,5	3,2
Estland	10,0	9,7	7,9	5,9	5,3	4,7	2,4	1,5	2,3	3,8	3,4	1,5
Lettland	10,5	10,4	8,9	6,8	5,6	5,0	-1,6	-1,0	-0,4	-0,3	0,9	0,7
Litauen	12,4	11,4	8,3	5,6	4,4	4,5	-1,3	-1,5	-0,5	-0,3	-0,2	-0,3
Polen	20,0	19,0	17,6	14,9	11,2	9,6	-4,7	-3,9	-2,5	-1,7	-3,0	-2,9
Rumänien	7,6	6,7	5,8	5,4	4,3	4,2	-2,2	-1,2	-0,8	-1,7	-1,2	-3,0
Slowak. Rep.	15,2	14,3	11,6	10,4	8,3	7,8	-2,7	-2,4	-2,8	-3,7	-2,7	-2,3
Slowenien	6,7	6,3	6,5	6,0	5,0	4,8	-2,7	-2,3	-1,4	-1,4	-0,6	-1,5
Tschech. Rep.	9,9	10,2	8,9	8,1	6,6	5,8	-6,6	-3,0	-3,5	-2,9	-3,5	-3,0
Ungarn	5,9	6,1	7,2	7,5	7,6	7,3	-7,2	-6,5	-7,8	-9,2	-6,2	-4,2
EU-10	13,3	12,6	11,7	10,1	8,0	7,2	-4,4	-3,2	-2,8	-2,6	-2,5	-2,5
Kroatien	14,3	13,8	12,7	11,2	10,2	9,4	-6,2	-4,8	-4,0	-3,0	-2,6	-2,5
Türkei	10,5	10,3	10,3	9,7	9,3	9,0	-11,2	-6,8	-1,4	-0,8	-2,5	-2,0
Bosnien-H.	42,0	43,1	44,1	44,5	44,0	42,5	0,7	1,6	2,4	2,9	2,3	1,9
Russland	7,8	7,9	7,1	6,7	6,2	5,7	1,4	4,5	7,5	7,4	7,0	2,2
Serbien	14,6	18,5	20,8	20,9	21,2	20,7	-1,1	0,9	1,9	1,5	-0,5	-0,6
Ukraine	9,1	8,6	7,2	6,8	6,5	6,2	0,1	-3,1	1,8	-0,7	-3,0	-4,0

Quellen: Nationale Statistik, BA-CA Research CEE

Daten und Fakten

Osteuropa

Leistungsbilanz (in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-5,5	-6,6	-12,0	-15,8	-19,2	-17,2	60,1	63,8	69,0	80,1	85,0	89,0
Estland	-11,3	-12,2	-10,3	-14,7	-15,5	-14,5	64,5	76,6	84,8	94,7	103,8	110,4
Lettland	-8,2	-12,8	-12,5	-22,3	-23,8	-21,2	79,5	93,3	99,4	113,1	130,2	131,5
Litauen	-6,8	-7,7	-7,2	-10,8	-13,4	-11,9	40,5	42,4	51,3	60,7	73,9	78,0
Polen	-2,1	-4,3	-1,7	-2,3	-3,5	-4,9	47,5	41,9	44,0	45,8	44,1	42,4
Rumänien	-5,8	-8,4	-8,7	-10,3	-13,5	-14,1	30,1	30,1	31,0	29,2	30,2	31,8
Slowak. Rep.	-5,9	-7,8	-8,4	-7,0	-3,8	-2,5	48,7	49,7	58,2	50,9	45,2	42,3
Slowenien	-0,8	-2,7	-1,9	-2,5	-3,0	-2,8	52,8	57,5	69,4	78,5	96,5	100,8
Tschech. Rep.	-6,2	-5,2	-1,6	-3,1	-3,5	-3,6	34,7	35,9	38,1	37,8	36,3	35,6
Ungarn	-7,9	-8,4	-6,8	-6,5	-4,9	-4,3	65,9	67,7	78,3	89,1	91,6	89,7
EU-10	-4,7	-6,1	-4,5	-4,9	-6,7	-7,0	47,9	47,2	51,1	53,4	54,7	54,5
Kroatien	-7,1	-5,1	-6,4	-7,8	-8,3	-7,9	75,8	80,0	82,4	85,3	86,2	86,3
Türkei	-3,3	-5,2	-6,3	-8,2	-7,7	-8,0	55,9	49,9	46,5	50,4	-	-
Bosnien-H.	-19,4	-17,9	-19,8	-10,7	-16,9	-17,5	55,3	53,5	57,9	57,1	58,4	59,7
Russland	8,2	10,0	11,0	9,6	5,2	4,0	41,4	34,8	34,3	30,4	31,5	31,7
Serbien	-7,0	-11,7	-8,5	-11,6	-14,3	-13,2	63,3	57,1	63,8	55,3	58,7	58,9
Ukraine	5,8	10,6	2,9	-1,5	-3,4	-5,5	45,1	45,3	48,3	49,9	50,0	49,4

Auslandsverschuldung (in % des BIP)

Leitzinssatz p.a. (Periodenende in %)

	Prognose						Prognose					
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Estland	-	-	-	-	-	-	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Lettland	3,00	4,00	4,00	5,00	6,00	6,00	0,65	0,67	0,70	0,70	0,70	0,70
Litauen	-	-	-	-	-	-	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Polen	5,25	6,50	4,50	4,00	5,00	5,50	4,40	4,53	4,03	3,90	3,80	3,72
Rumänien	21,25	17,00	7,50	8,75	7,50	7,50	3,76	4,05	3,62	3,52	3,34	3,33
Slowak. Rep.	6,00	4,00	3,00	4,75	4,25	4,25	41,5	40,0	38,6	37,2	33,7	33,0
Slowenien	5,00	3,25	3,75	3,75	4,25	4,25	233,7	238,9	239,6	239,6	EUR	EUR
Tschech. Rep.	2,00	2,50	2,00	2,50	3,50	4,00	31,8	31,9	29,8	28,3	27,8	27,3
Ungarn	12,50	9,50	6,00	8,00	7,25	6,25	253,5	251,7	248,0	264,3	252,1	251,0
EU-10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	-	-	-	-	-	-	7,56	7,50	7,40	7,32	7,34	7,33
Türkei	26,00	18,00	13,50	17,50	15,75	14,25	1,69	1,78	1,68	1,81	1,79	1,78
Bosnien-H.	-	-	-	-	-	-	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Russland	5,90	5,51	6,54	5,71	6,50	5,60	34,7	35,8	35,2	34,1	35,0	34,5
Serbien	10,63	16,30	19,20	14,00	10,00	10,50	65,1	72,6	83,2	84,4	80,3	78,3
Ukraine	8,00	14,00	12,00	9,50	9,00	9,00	6,0	6,6	6,4	6,3	6,8	6,8

Wechselkurs zum Euro (Jahresdurchschnitt)

Damit bei Ihren Geschäften
auch alles nach Plan läuft:
Das Service Freie Berufe.
Mehr unter www.ba-ca.com

Was wären die großen Erfolge
ohne die kleinen?

Julia Meyer/Donau